

**CSU Arbeitskreis Energiewende (AKE)**

**Ausstieg aus der Kohleverstromung  
und Arbeitsplatzperspektiven**

Diese Abhandlung befasst sich mit der Arbeitsplatzsituation in der Kohlewirtschaft. Im Zuge eines erforderlichen Ausstiegs aus der Kohleverstromung werden in der politischen und öffentlichen Debatte oftmals dramatische Arbeitsplatzverluste, v.a. in den Braunkohlerevieren, in den Vordergrund gerückt. Aus Sicht des Arbeitskreises Energiewende (AKE) sind diese Effekte jedoch bei weitem nicht so gravierend, wie behauptet wird. Diese Untersuchung zeigt, dass der Strukturwandel längst eingesetzt hat. Bei einem umsichtigen Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung kommt es vielmehr auf die Versorgungssicherheit und die Auswirkungen auf das „Gesamtsystem Energie“ an.

Um die für 2020, 2030 und 2050 gesteckten deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, ist es unabdingbar, möglichst zügig aus der Kohleverstromung als der wichtigsten CO<sub>2</sub>-Quelle auszusteigen. Die laufenden Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um das durch die Bundesregierung in 2007 beschlossene und vom damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel auf der Klimakonferenz in Bali verkündete 40-Prozent-Treibhausgasreduktionsziel für 2020 zu erreichen. Es müssen deshalb über die bisherigen Maßnahmen hinausgehende Anstrengungen unternommen werden, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu senken und damit einen klimaverträglichen Pfad im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris einzuhalten.

Bereits 2014 hat die Bundesregierung das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ beschlossen. Dieses Aktionsprogramm ist im Bereich der Kohleverstromung noch nicht konsequent umgesetzt worden und hat eine Klimaschutzlücke verursacht, die in etwa den jährlichen Emissionen der zwölf ältesten Braunkohleblöcke in Deutschland entspricht. Diese Braunkohleblöcke weisen die höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionsraten auf

und können noch vor 2020 abgeschaltet werden, ohne die Stromversorgung in Deutschland zu gefährden.

Die wichtigsten Zahlen zu Arbeitsplätzen, Kohleverstromung, Stromexport und CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Kohleverstromung sind in nachfolgender Tabelle zusammengefasst.

	2016	2010	2006	2000	1990
<b>Beschäftigte in Deutschland gesamt in Mio.</b>	43,5	40,6	39,2	39,4	39,7
<b>...im Steinkohlenbergbau und -veredelung, in Tausend</b>	7.872	26.344	37.616	63.153	123.341
<b>...im Braunkohlenbergbau und -veredelung, in Tausend</b>	12.902	13.731	14.292	19.538	115.507
<b>Beschäftigte gesamt, in Tausend</b>	20.774	40.075	51.908	82.691	238.848
<b>Bruttostromerzeugung Braunkohle, in TWh</b>	150,0	145,9	151,1	148,3	170,9
<b>Bruttostromerzeugung Steinkohle, in TWh</b>	111,5	117,0	137,9	143,1	140,8
<b>Stromexport, in TWh</b>	80,7	59,9	65,9	42,1	31,0
<b>Stromimport, in TWh</b>	26,6	42,2	46,1	45,1	30,4
<b>Saldo, in TWh</b>	-53,7	-17,7	-19,8	3,1	-0,6
<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen Braunkohle, in Mt</b>	152,5	156,1	159,3	156,9	200,0
<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen Steinkohle, in Mt</b>	87,2	90,6	115,9	118,5	118,2

*Daten aus BMWi, Eigene Darstellung des AKE*

- Wenn wir den Braunkohlenbergbau und Steinkohlenbergbau inkl. Veredelung zusammen betrachten, lag die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen in 2016 bei 20.774 Personen (bei insgesamt 43.5 Mio. Beschäftigten in Deutschland). Demgegenüber sind im Ökostromsektor (Bundesverband Erneuerbare Energien) heute 330.000 Menschen beschäftigt. Allein in der

Photovoltaikbranche sind in Deutschland in den letzten 5 Jahren über 50.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, d.h. zweimal mehr als heute noch im Braunkohlenbergbau und Steinkohlebergbau beschäftigt sind. Dieser Personalabbau ist in Politik und Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt auf breiter Ebene thematisiert worden.

- Die Anzahl der Beschäftigten im Braun- und Steinkohlenbergbau inkl. Veredelung hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre um 3.113 Personen pro Jahr verringert. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass bis 2030 alle Kohlekraftwerke geschlossen und alle in diesen Bereichen beschäftigten Personen entlassen würden, kämen wir - linear betrachtet - zu einem maximalen Personalabbau von 1.731 Personen pro Jahr, also erheblich weniger als in der letzten Dekade geschehen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass in 2018 die Steinkohleförderung auslaufen und damit die Beschäftigungszahl im Steinkohlebergbau in 2018 sprunghaft und deutlich schrumpfen wird, so dass der Personalabbau in den darauffolgenden Jahren geringer als oben berechnet ausfallen wird.

- Hinzu kommt, dass selbst bei Schließung aller Kraftwerke nicht alle Beschäftigten freigestellt werden können, weil erhebliches Personal für Folgetätigkeiten benötigt wird und auch dadurch der Personalabbau geringer als oben angenommen ausfallen wird. Wie auf der Webseite der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) nachzulesen ist, bauen die Branchengrößen wie z.B. die Mibrag-Gruppe bereits heute neue Geschäftsfelder auf, um den auf den Braunkohlebergbau zukommenden Strukturwandel mit Augenmaß und Weitsicht und im Interesse der Region zukunftssicher zu entwickeln und neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, im Bereich von Ingenieurs- und Bohrdienstleistungen sowie im Garten- und Landschaftsbau zu schaffen. Zitat aus der Webseite der Mibrag-Gruppe: *„Die Energiewende und der damit einhergehende Umbau des Energiesystems in Deutschland stellen uns vor große Herausforderungen, sie bieten aber auch Chancen. Wir haben hier vor Ort die Möglichkeit, die Energiewende mitzugestalten und zu ihrem Gelingen beizutragen“*. Warum also schwarzsehen,

wenn die betroffenen Betriebe derart verantwortlich mit dem Strukturwechsel im Braunkohlebergbau umgehen? Mit einer angepassten Finanzhilfe zur Ansiedlung neuer innovativer Unternehmen sollte der Strukturwandel in den betroffenen Regionen möglich sein.

- In der politischen und gesellschaftlichen Debatte sollte auf solche Unternehmen wie die Mibrag-Gruppe verwiesen werden, um die Wandelbereitschaft in der Branche aufzuzeigen. Auf alle Fälle darf nicht sein, dass Unternehmen wie z.B. RWE die Filetstücke aus dem Gesamtunternehmen ausschneiden und dann für den Strukturwandel der überbleibenden, nicht zukunftsfähigen Anlagen, wie z.B. den Braunkohlebergbau, staatliche Hilfen einzufordern.

- Deutschland hat sich in den letzten 6 Jahren zu einem der größten Stromexporteure in Europa entwickelt. In 2016 wurde Strom in einem Umfang von 80,7 TWh exportiert. Das entspricht fast der Hälfte der durch Braunkohle erzeugten Strommenge in Höhe von 150,0 TWh. Es wäre deshalb möglich, die aus den Sechziger oder Siebziger Jahre stammenden Kraftwerke u.a. in Neurath, Niederaußem oder Weisweiler zu schließen und damit einen wichtigen Beitrag zur Schließung der bestehenden Klimaschutzlücke zu schließen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Unabhängig davon würde die Umwelt geschont und die bestehenden Stromtrassen entlastet.

Für einen zielkonformen Kohleausstiegspfad schlägt der AKE vor, umgehend eine interdisziplinäre Expertenkommission einzusetzen, die unter den Maßgaben der Versorgungssicherheit, Kostenbetrachtungen, sozialer und struktureller Effekte einen Lösungsweg zum Ausstieg aus der Kohleverstromung erarbeitet.

München, den 12.02.2018

Autoren:

Prof. W. Seiler, Stellvertretender AKE-Landesvorsitzender

Martin Ehrenhuber, AKE-Landesvorsitzender, martin@ehrenhuber.bayern